

## **Kurzbeschreibung des Forschungsvorhabens**

### **„Untersuchungen zum Umgang mit Betroffenen in Regionen mit endlagerbezogenen Aktivitäten“**

#### **Hintergrund**

In einer Vielzahl von nationalen und internationalen Forschungsarbeiten und Veröffentlichungen ist in den letzten Jahren die Bedeutung einer konsensorientierten Gestaltung von Endlagerauswahl- oder Planungsprozessen hervorgehoben worden. Praktische Erfahrungen aus Endlagerverfahren im Ausland bestätigen, dass Maßnahmen wie eine transparente Gestaltung des Verfahrens zur Standortauswahl und Genehmigung eines Endlagers und ein intensiver Austausch mit der Öffentlichkeit dazu beitragen können, dass Entscheidungen zur Errichtung eines Endlagers in weitgehendem Konsens mit der betroffenen Bevölkerung getroffen werden können.

In diesem Zusammenhang spielt – neben vielen anderen Faktoren – auch der Austausch des Antragstellers / Betreibers des Endlagers mit der Öffentlichkeit und deren Vertretern eine wichtige Rolle.

#### **Zielsetzung**

Das hier beschriebene Forschungsvorhaben verfolgt die Zielsetzung, zu untersuchen, wie die betroffene Öffentlichkeit Informationen über Endlagerprojekte wahrnimmt, welche Wünsche hinsichtlich der Möglichkeiten zur Kommunikation und Beteiligung bestehen und welche Akteure aus ihrer Sicht eine besondere Rolle spielen.

Gestützt auf diese Untersuchungen sowie auf Ergebnisse aus begleitenden Literaturstudien sollen letztendlich Anforderungen und eine Handlungsstrategie für die Öffentlichkeitsarbeit in Endlagerverfahren erarbeitet werden.

#### **Projektdesign**

Das Forschungsvorhaben ist Bestandteil des „Umweltforschungsplans 2009“ des Bundesumweltministeriums und wird vom Bundesamt für Strahlenschutz finanziert und betreut. Die insgesamt 2-jährige Laufzeit hat am 01. August 2009 begonnen.

Im Mittelpunkt der Arbeiten steht die Ermittlung und Auswertung von Informationen – orientiert an der oben beschriebenen Zielsetzung. Dazu sind zwei sich ergänzende Untersuchungsstränge vorgesehen:

1. In vier Regionen in Deutschland, in denen derzeit endlagerbezogene Aktivitäten stattfinden (Asse, Morsleben, Konrad, Gorleben), werden VertreterInnen der Öffentlichkeit und von betroffenen oder beteiligten Institutionen sowie die interessierte Öffentlichkeit zu ihren Einschätzungen hinsichtlich der Information, Kommunikation und Beteiligung befragt.

2. In einer ergänzenden Literaturstudie und Auswertung von Fallstudien werden u. a. Aspekte von Informationsgewinnung und Wissensvermittlung zusammengestellt sowie Themen der Risikokommunikation und –wahrnehmung diskutiert.

## Methodisches Vorgehen

Die *Befragungen in den Regionen mit Endlageraktivitäten* in Deutschland erfolgen in 2 Stufen:

- In der *ersten Stufe* wenden wir uns in persönlichen Gesprächen direkt an VertreterInnen der Öffentlichkeit und von Institutionen, die in der Diskussion um Endlageraktivitäten in ihrer Region engagiert sind. In diesen Gesprächen sollen Fragen
  - zur Wahrnehmung von Information und Kommunikation im Endlagerprozess
  - zur Einschätzung der Rolle der verschiedenen beteiligten Institutionen,
  - zu Erwartungen an Wissenstransfer und Beteiligungsmöglichkeiten und
  - zur Einschätzung der Risiken der Endlagerung

diskutiert werden.

Außerdem besteht die Möglichkeit, besondere Randbedingungen der Befragungen der zweiten Stufe zu klären.

- Die Befragungen in der *zweiten Stufe* sind auf eine größere Zielgruppe ausgerichtet und wenden sich an die interessierte Öffentlichkeit der betroffenen Regionen. Sie erfolgen in einer standardisierten Form, z. B. mittels Fragebogen oder Online-Befragung.

Die *Auswertung von Literatur und Fallstudien* ist auf Fragestellungen ausgerichtet, die durch Befragungen nicht oder nur teilweise zugänglich sind. Sie ergänzen die vorhandene persönliche Expertise der an dem Forschungsvorhaben beteiligten Mitarbeiterinnen des Öko-Instituts, die auf langjähriger Forschungstätigkeit zu vergleichbaren Themen sowie auf der direkten Beteiligung in partizipativen Verfahren in verschiedenen Großvorhaben beruht.

Bei der Auswertung der Ergebnisse der Befragungen werden selbstverständlich alle Angaben in anonymisierter Form verwendet. Mit den *zu entwickelnden Handlungsstrategien* soll auch herausgearbeitet werden, in wie weit die Anforderungen an die Öffentlichkeitsarbeit z. B. in Abhängigkeit vom Stand eines Endlagerverfahrens differenziert zu betrachten sind.

---

Darmstadt, den 29.09.2009

*Beate Kallenbach-Herbert*